„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 3. Februar 1926 | 12 Seiten | Nummer 13

Mutiges Vorgehen von „Foreigners" auf der Grain Growers-Konvention

Resolution gegen Ansiedlung von Einwanderern in geschlossenen Kolonien mit großer Mehrheit niedergestimmt.

Der Fanatismus durch die Vernunft besiegt.

Auch einige britische Delegaten zollen den Mennoniten und anderen Einwanderern hohe Anerkennung.

Saskatoon. — Die „Saskatchewan Grain Growers' Association", hielt in den letzten Tagen in Saskatoon ihre Jahresversammlung ab, die außer den üblichen Reden und Debatten, namentlich deswegen interessant war, weil diesmal die Bestrebungen von ausländerfeindlichen Delegaten zunichte gemacht wurden. Wir können uns dabei nur auf das stützen, was englische Blätter über die Konvention berichtet haben. Nach diesen Mitteilungen entstand ein großer Entrüstungssturm, als eine Resolution eingebracht wurde, nach der man Mitteleuropäer daran hindern solle, sich in abgesonderten Gebieten anzusiedeln. Eine ebenso schwere Niederlage wie die erwähnte Resolution fand eine andere, welche sich gegen die jetzige Einwanderungspolitik wandte.

Bereits auf früheren Conventionen hatten es die Grain Growers unternommen, ihr Mißtrauen gegenüber den „Foreigners" in sehr deutlicher Weise zum Ausdruck zu bringen, und sich nicht gescheut, mit der offenen Forderung hervorzutreten, daß es Leuten nichtbritischer Abkunft verboten werden solle, sich in geschlossenen Kolonien niederzulassen. Heuer versuchte man dasselbe Manöver, hatte aber diesmal kein Glück, **weil das energische Auftreten der nichtbritischen Delegaten dem Fanatismus anderer Grain Growers einen Dämpfer aufsetzte.**

Mit welchen fadenscheinigen Vorwänden dabei zu Werke gegangen wird, zeigen die Aeußerungen von einigen, britischen Delegaten wie J. Forgie, Hughton, der bemerkte in jenem Distrikt werde Land an Ungarn, die aus Winnipeg kämen, zum Preise von $50.00 bis $55.00 per Acker verkauft. Die Ansiedler hätten kein Kapital und die Gesellschaft müsse ihnen nicht nur das Land verschaffen, sondern ihnen auch noch den nötigen Vorschuß, für Ausstattung, Saatgut und in einigen Fällen sogar noch genügend Gelder für die erste Saison gewähren. Der Führer einer solchen ungarischen Abteilung sei mit anvertrauten Geldern, die er von seinen Kollegen gesammelt habe, verschwunden und später zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Seitdem seien drei andere ebenfalls verschwunden, nachdem sie ihr Saatgetreide heimlich verkauft hätten. Unter solchen Verhältnissen, meinte der Redner, sei die Ansiedlung von „Foreigners" ein wahres Problem. — Der Unterstützer der Resolution, J. L. Stybald von Oliver erklärte, in seiner Gegend ließen sich ebenfalls Einwanderer in geschlossenen Kolonien nieder. Sie seien ein Schaden für das Schulsystem und drückten die Lebenshaltung der Bevölkerung herunter. Als Beispiel führte er einen Fall an, in welchem angeblich 28 bis 30 Personen in einem Hause zusammengepfercht seien. Es sein schon schlimm genug, meinte der Redner, wenn solche Verhältnisse in den Städten anzutreffen seien, aber in ländlichen Gebieten, wo doch noch so viel Raum vorhanden sei, sollte so etwas nicht vorkommen.

Nach diesen rednerischen Ergüssen und Entgleisungen ergriff ein Delegat, E. P. St. John, das Wort, um **für die Mennoniten eine Lanze zu brechen.** Er bezeichnete sie als ganz erwünschte Bürger und erzählte von einem Fall, in welchem Mennoniten Land von einem Farmer ohne Anzahlung gekauft und bereits Ende der ersten Saison $20,000 abgezahlt hätten. Die Mennoniten seien fleißige und gute Ansiedler. — Ein anderer Delegat, der seiner Abstammung nach anscheinend **ein Holländer** war, erklärte, es sei unerhört, wenn man „Foreigners" in Canada ansiedeln und ihnen nicht gestatten wolle, unter ihren eigenen Landsleuten zusammenzuleben. Er spreche als ein Ausländer und habe selbst schon in einer Ansiedlung gelebt, die rein britisch war, wobei er und seine Frau eine sehr traurige Zeit gehabt hätten. Man möge den Einwanderern gestatten sich in eigenen Kolonien anzusiedeln, da mit sie sich allmählich mit der Sprache und den Sitten des Landes vertraut machen könnten. Viele von ihnen hätten alteingewurzelte Sitten, welche sie nicht sofort aufgeben wollten. — **Ein russischer Jude** wandte sich an die Konvention mit ziemlicher Leidenschaft und meinte, sie hätten im Weltkrieg für Demokratie gekämpft. **„Aber wo ist jetzt eure Demokratie?"** rief er in den Saal hinein. **„Nieder mit dieser Resolution!"** — Ein weiterer Redner war Fritz Fleischhacker von Kipling. Er bekannte sich als **Ungar** und erklärte, er sei stolz darauf. Er habe bereits an 18 Grain Growers-Konventionen teilgenommen, seitdem er im Jahre 1905 mit $3 in der Tasche hier angekommen sei. Weiterhin führte er aus, man brauche die Einwanderer aus Mitteleuropa und müsse ihnen daher auch behilflich sein, allmählich gute Canadier zu werden. — Der frühere Abgeordnete für Willow Bunch, A. J. Hindle, meinte, es habe 1000 Jahre gedauert, den Briten zu machen, und es könnten auch 100 Jahre vergehen, bis man wahre Canadier bekomme. Man brauche alle. Anstatt einer Bevölkerung von 10,000,000 sollte Canada eine solche von 25,000,000 oder 30,000,000 Menschen haben, um seine Nationalschuld abzahlen zu können. Er forderte die Delegaten auf, die Resolution nicht anzunehmen. — Langlen erinnerte an die Besiedelung des Rosthern Distrikts, als er der einzige englischsprechende Mann war. Da seien 100 Mennonitenfamilien gekommen, mit denen er sich zunächst wegen einer Schule in jenem Distrikt gestritten habe. Aber jetzt sei jener Distrikt so gut mit Schulen ausgestattet wie nur irgendein Teil der Provinz. Ferner sei der Rosthern-Distrikt ein außerordentlich blühendes Gebiet von Saskatchewan.

Nachdem das Für und Wider genügend erörtert worden war, wurde die Resolution mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

* * *

Dieser Vorfall auf der Konvention der Saskatchewan Grain Grower Association hat klar bewiesen, daß es nur einiger mutiger Männer bedarf, um die Verhetzung unverbesserlicher Fanatiker niederzustimmen und dem Rechte und der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Möge das für alle unsere deutschsprechenden Freunde eine Lehre für die Zukunft sei. **Wir werden in diesem Lande nur so viel Recht erhalten, als wir durch eigene Tatkraft und festes Auftreten uns erobern.**

Die Vereinigung der beiden Farmerorganisationen von Saskatchewan

Gemeinsame Besprechung in Saskatoon.

Komitee für Entwerfung der Verfassung für „United Farmers of Western Canada, Sask. Section" eingesetzt

Saskatoon. — Die Tagung der Saskatchewan Grain Growers' Association fand ihren Abschluß mit einer gemeinsamen Konferenz mit den gleichzeitig tagenden Vertretern der Farmers' Union. Ziel und Aufgabe war es, die lange gesuchte Basis zu finden, auf welcher die beiden genannten Farmerorganisationen sich zusammenschließen könnten.

Eine Schwierigkeit, welche bisher der Verschmelzung im Wege stand, war der Umstand, daß die Grain Growers eine rein provinziale Vereinigung darstellen, während die Farmers' Union nach ihrer Verfassung als eine allgemein canadische Organisation gedacht ist, die sich tatsächlich weit über die Grenzen von Saskatchewan hinaus bis nach Alberta und Manitoba erstreckt. Die Entscheidung der gemeinschaftlichen Konferenz geht nun dahin, zunächst die Verschmelzung auf das provinziale Gebiet auszudehnen und dafür den Ausdruck „United Farmers of Western Canada, Saskatchewan Section" zu wählen. Dabei soll aber als weiteres Ziel der Zusammenschluß aller Farmer in ganz Westcanada im Auge behalten werden.

Als weitere Richtlinien für die zukünftige Entwicklung und Ausführung des Planes wurden aufgestellt:

1) die Vereinsgeschäfte hinter geschlossenen Türen zu führen;

2) keine hemmenden Direktorien anzuerkennen;

3) einen Mitgliedsbeitrag von $5 oder mehr zu erheben;

4) von keiner Handelsorganisation Unterstützungen anzunehmen;

5) das Vorwort der Verfassung der Farmers' Union beizubehalten;

6) die Amtszeit für jeden Vorstandsposten auf zwei aufeinanderfolgende Jahre zu beschränken;

7) jede Parteipolitik und jede Religion auszuschalten.

Ferner wurde Vorkehrung für die Einsetzung eines Verschmelzungskomitees von 10 Personen getroffen. Dazu werden je fünf Vertreter von den Grain Growers und der Farmers' Union entsandt. Die Aufgabe des Komitees wird es sein, die Verfassung und die Nebengesetze für die geplante Organisation vorzubereiten. Diese werden den betreffenden Organisationen zur Genehmigung unterbreitet. Die beiden Konventionen sollen sich zur selben Zeit und in derselben Stadt nicht später als 15. November versammeln. Darauf wird eine gemeinsame Konvention folgen, deren Aufgabe die endgültige Verschmelzung sein wird. Später wird dann die Legislatur von Saskatchewan um ihre Zustimmung angegangen werden.

Am Ende der Legislatur-Session

Ergänzung zum Weizenpoolgesetz angenommen.

Arbeitsreiche Tagung durch Leutnant-Gouverneur geschlossen.

Regina. — Die Legislatur von Saskatchewan hat am letzten Donnerstag ihre Pforten nach einer kurzen, aber arbeitsreichen Session auf ein Jahr geschlossen.

Die Ergänzung zum Weizenpoolgesetz, um die ein heißer Kampf sich in der vorletzten Woche entsponnen hatte, ist mit ganz unbedeutenden Änderungen angenommen worden. Die Debatte drehte sich bekanntlich darum, ob es dem Weizenpool gestattet werden sollte, unter Strafandrohung seine Mitglieder zur Einhaltung des Vertrages zu zwingen. Der letzte Versuch von W. C. Knowles (Regierung, Moose Jaw), daran zu rütteln, blieb erfolglos, da das Haus in dritter Lesung den Grundsatz der Gesetzesergänzung anerkannte.

Ein „Amendment" zum „Second Library Education Act", eingebracht von Unterrichtsminister S. J. Latta, sah vor, daß Hochschul- und Collegiate-Boards ermächtigt werden, Gebühren für ortsansässige und nichtortsansässige Studenten zu erheben. Dabei wurde vom Minister betont, daß man wohl allen fähigen Studenten die Möglichkeit zu höherer Schulbildung möglichst leicht machen wolle, daß aber die Volksschulbildung als wichtigster Unterrichtszweig anerkannt werden müsse. Hinsichtlich der Regierungszuschüsse sollen alle Schulen auf die gleiche Basis gestellt werden. Ferner solle der Bevölkerung der Munizipalitäten das Recht eingeräumt werden, auf ihre Kosten, wenn auch steuerfrei, höchstens unter Auferlegung eines kleinen Beitrages, eigene Fortbildungsschulen zu errichten. Die Darlegungen des Ministers begegneten auf bei der kleinen konservativen Gruppe einigem Widerstand. Im übrigen aber fanden sie die Zustimmung des Hauses.

Nach Erledigung einiger kleinerer Maßnahmen, wie der Aenderung des Namens der Grain Growers in „Vereinigte Farmer von Westcanada, Section Saskatchewan", und nach Verlesung einer kurzen Ansprache des Leutnant-Gouverneurs gingen die Abgeordneten auseinander.

Wahlkampf in Prince Albert

Soldatensiedler tritt als unabhängiger Kandidat gegen Premier King auf.

Prince Albert, 1. Febr. — Wenige Minuten vor Nominationsschluß tauchte Kapitän T. L. Burgess, ein Soldatensiedler von Red Deer Hill, der noch ziemlich jung und im politischen Leben so gut wie unbekannt ist, als Gegenkandidat von Premier Mackenzie King auf, der sich bekanntlich im Dominionwahlkreis von Prince Albert zur Ersatzwahl gestellt hat.

Premier King, der sich augenblicklich in seinem neuen Wahlkreis aufhält, wird in Anbetracht der Gegenkandidatur sein Verweilen daher länger ausdehnen. Er beabsichtigt, in Rosthern und Shellbrook Versammlungen zu halten, um seine Wähler zur Unterstützung seiner Person und seiner Regierung aufzufordern. Premier Dunning von Saskatchewan, der ebenfalls zur Zeit in Prince Albert ist, meinte in einer Ansprache, das Auftreten des „Unabhängigen" Burgess sei nur ein konservatives Manöver, um dem liberalen Kandidaten die Rückkehr in das Parlament zu verwehren.

Verwendung des canadischen Nickels für Kriegszwecke

Bourassa enthüllt die geheimen Fäden der Beziehungen unter den großen Rüstungsfirmen.

Arthur Meighens Bemerkung zurückgewiesen.

Ottawa. — Wie bereits bei den letzten canadischen Wahlen zu erwarten war, ist eine der hervorragendsten Gestalten im Unterhaus in Ottawa der Unabhängige Henri Bourassa, der Abgeordnete für Labelle, Que. In furchtloser Weise, ungehindert durch irgendwelche parteipolitischen Rücksichten, vertritt er den von ihm als recht erkannten Standpunkt. Das zeigte sich wieder einmal in der Debatte der letzten Tage. Schon zuvor hatte er die Frage der Stellungnahme Canadas zu den Locarno-Verträgen aufgeworfen, doch konnte er darauf von Minister Lapointe noch keine befriedigende Antwort erhalten, weil erst die Rückkehr des Premier King abgewartet wird, der sich zur Wahl in Prince Albert gestellt hat. Die andere Frage, die Bourassa in die Debatte warf, war die der Nickelausfuhr Canadas. Er bemerkte dazu:

„Nicht ein deutsches Kriegsschiff hätte vollendet werden können, nicht eine deutsche Kanone hätte man zweckentsprechend verwenden können, wäre nicht das canadische Nickel von der internationalen Company kontrolliert worden, in welcher Vickers-Maxim und Armstrong, zwei der größten Rüstungsfirmen Englands, gemeinsam mit den Krupps in Deutschland, den Schneiders von Frankreich und den großen Stahlindustrien Italiens und Oesterreichs zu Profitzwecken vereinigt waren. So kam es, daß jede deutsche Kanone, welche mit dem von uns gelieferten can. Nickel gehärtet und mit ähnlich zubereiteten Geschossen geladen wurde, dazu beitrug, 60,000 unserer Söhne zu töten. So kam es, daß geistliche Fürsten, Lords und Parlamentsmitglieder von England riesige Dividenden aus deutschen Geschützen und Deutsche solche aus englischen Geschützen gezogen haben."

An dieser Stelle machte der konservative Führer, Arthur Meighen, einen Zwischenruf, in welchem er Bourassa schlechte Information vorwarf.

Der Redner ließ sich jedoch nicht irre machen, sondern bemerkte, er habe alle seine Informationen von hohen Beamten der Marineabteilung in London erhalten, von Herren, welche mit dem Ministerium des Schatzkanzlers in Verbindung stehen, und von Leuten, welche die Kapitalisierung des Rüstungstrustes genau studiert haben. Eine amerikanische Organisation habe das canadische Nickel ausgeführt, aber die Teilhaber daran seien Vertreter von großen Rüstungsfirmen in England, Frankreich, Italien, Deutschland und Oesterreich gewesen.

Im übrigen forderte Bourassa eine Politik, welche Canada über alles stellt, namentlich aber über die Fragen der Beziehungen innerhalb des britischen Reiches und über die Frage der Teilnahme Canadas an auswärtigen Kriegen.

Moskau, 30. Januar. — Leon Trotzky wurde auf eigenes Verlangen seiner Stellung als Leiter des staatlichen elektrischen Departements enthoben. Er behält das Amt als Vorsitzender der Konzessionsbehörde bei.

Neue Wahnsinnsforderung Mussolinis

Die Deutschen Südtirols sollen zur Annahme italienischer Familiennamen gezwungen werden.

Ungeheuere Erbitterung in Deutschland über die faschistische Willkür.

Berlin, 31. Jan. — Das offizielle Deutschland zeigt sich angesichts eines unerhörten Schrittes des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini in seltener Einmütigkeit und Entschiedenheit. Unlängst erfolgte ein Befehl Mussolinis, daß 200,000 Tiroler des von Italien annektierten Teils von Tirol sofort ihre deutschen Familiennamen umzuändern haben. Gleichzeitig wird die Forderung des Ministerpräsidenten von deutscher Seite als ein Versuch bezeichnet, die Aufmerksamkeit von der schwierigen innerpolitischen Lage Italiens abzuziehen und den Eindruck zu erwecken, als ob die Machtstellung des Diktators fester denn je sei.

Von der deutschen Reichsregierung wird an die Vernunft der Welt die Frage gerichtet, wie 200,000 unbewaffnete Tiroler jemals 40,000,000 Italienern, die bis an die Zähne bewaffnet sind, gefährlich werden können. Es müsse also der italienische Diktator an einer krankhaften Einbildung von einem nördlichen Feind leiden.

Die Stimmung zwischen Italien und Deutschland ist eine sehr gespannte geworden. Mussolinis diplomatische Vertreter in Berlin und Wien werden fortwährend vorstellig bei den höchsten Regierungsbeamten, um im Namen ihrer Regierung gegen die Aeußerungen in den deutschen Tageszeitungen zu protestieren, in denen der italienische Diktator und seine letzte Gewaltpolitik in Grund und Boden verdammt werden. Die Faschisten drohen gar schon mit diplomatischen Verwickelungen, wenn es dem offiziellen Deutschland nicht mit Erfolg gelingen sollte, seiner Presse zu befehlen, die Ausdrücke der Sympathie für Tirol und die unter Italiens Regiment lebenden Tiroler zu unterlassen. Sie glauben, hinter dieser Sympathie politische Beweggründe wittern zu müssen.

Ganz Deutschland ist tief ergriffen und empört über die Lage der Tiroler, denen man in willkürlichem Gewaltregiment die eigene deutsche Sprache verbietet, denen man die deutsche Schule nimmt, denen verboten ist, in der deutschen Sprache Gottesdienst abzuhalten und denen man jetzt die deutschen Namen entreißen will.

Schwaches Vertrauensvotum für Kabinett Luther

Stürmische Szene im deutschen Reichstag.

Immer noch Gefahr einer Parlamentsauflösung.

Berlin, 30. Jan. — Mit 160 gegen 150 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 10 Stimmen, bei einer Gesamtzahl von 493 Abgeordneten, hat der Reichstag dem neuen Kabinett der Mitte mit Dr. Hans Luther als Reichskanzler an der Spitze das nachgesuchte Vertrauensvotum erteilt.

Der Sitzung gingen bedeutsame Entschlüsse zuvor; die sozialdemokratische Partei und die Wirtschaftliche Vereinigung hatten sich im letzten Augenblick für Stimmenthaltung entschieden. Der Verlauf der Sitzung war ein selbst für den deutschen Reichstag ungewöhnlich stürmischer. Fast wäre es zu Handgreiflichkeiten zwischen dem Reichskanzler und einem Völkischen gekommen. Für die Sitzung war die Losung ausgegeben worden: „Vertrauensvotum oder die Auflösung!"

In Verbindung mit einem von ihm durch eine Brandrede hervorgerufenen ungeheuren Tumult wurde der Völkische Wilhelm Henning, Major a. D., von der Sitzung ausgeschlossen.

Major Henning ist Mitglied der rechtsradikalen Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Eine geschlagene Stunde lang wetterte er gegen die Locarno-Verträge, überhäufte er die Regierung mit Schmähungen. Das Haus geriet in Erregung. Mehr als einmal schien es, als ob es zu einem persönlichen Renkontre zwischen Dr. Luther und dem schreienden, heftig gestikulierenden Volksboten kommen sollte. Schließlich riß, als die Schimpfworte „Verräter!" und „Henker des deutschen Volkes!" fielen, dem Kanzler die Geduld. Er schritt vom Ministertisch in den Saal hinab, unterbrach den Redner und verbat sich alle weiteren Beschimpfungen. Die Situation wurde so ernst, daß andere Mitglieder herbeieilten, um Handgreiflichkeiten zu verhüten.

Major a. D. Wilhelm Henning, ein geborener Badenser, heute aber in Berlin-Lichterfelde wohnhaft, wird als der „politische Adjutant" General Ludendorffs bezeichnet. Jedenfalls zählt er zu den rabiatesten unter den Rechtsradikalen. Dem Generalstab entstammend, wurde er im Verlauf des Pfingsten Krieges auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen als Stabsoffizier verwendet. Im Frühjahr 1917 wurde er ins Kriegsministerium versetzt. Dezember 1917 bis 1918 war er als Mitglied der „Deutschen Kommission" in Petrograd. April 1918 bis August 1918 als „Bevollmächtigter des Kriegsministeriums für Rußland zusammen mit der deutschen Gesandtschaft in Moskau tätig. Frühjahr 1918 erbat er sich als Generalstabsoffizier der neutralen Zone in Karlsruhe den Abschied. Mitglied des Reichstags ist er seit 1920.

Die geradezu widerlichen Szenen, die sich in der heutigen Sitzung des Reichstags abgespielt, haben eine Stimmung hervorgerufen, die die Zustände reif für eine Diktatur hält. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion gestern noch sich für Akzeptierung des Regierungsprogramms, wie es Dr. Luther am Dienstag im Reichstag entwickelt hatte, erklärt hatte, beschloß sie, sich der Abstimmung beim Vertrauensvotum zu enthalten. Ueber Nacht war ein Reif auf die Frühlingshoffnung einer Funktionsmöglichkeit des Kabinetts der Mitte, das heißt, den sozialdemokratischen Abgeordneten das Herz in die Hosen gefallen vor der Befürchtung dessen, was ihre Wähler draußen im Lande zu ihrer „Regierungsfreundlichkeit" sagen würden. Daher der Frontwechsel. Die unsichere Kantonistenschaft der Wirtschaftlichen, 21 Mann stark, macht es ihnen nach.

Nach Bekanntmachung dieser Beschlüsse begab sich der Reichskanzler zum Reichspräsidenten. In dieser Unterredung soll die Losung „Vertrauensvotum oder Auflösung!" festgestellt worden sein.

Trotz der erfolgten Vertrauensbekundung ist die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstags noch nicht geschwunden. Mit einer Mehrheit von zehn Stimmen kann die Regierung auf die Dauer nicht funktionieren, damit ist die „Unterstützung", die Dr. Luther in seiner gestrigen Ansprache vom Reichstag gefordert hat, nicht gewährt. Unter diesen Umständen muß mit der Möglichkeit einer Auflösung auch weiter noch gerechnet werden.

Progressive stimmen geschlossen mit Liberalen

Meighens „Amendment" abgelehnt.

Ottawa, 1. Februar. — Heute Abend wurde das konservative „Amendment" zur Thronrede im Unterhaus mit 125 gegen 115 Stimmen abgelehnt, sodaß sich eine Mehrheit von 10 Stimmen für die Regierung ergab. Die Progressiven stimmten diesmal geschlossen mit den Liberalen. Ferner wurde die Regierung unterstützt von dem Arbeitervertreter Woodsworth von Winnipeg und von Henri Bourassa, dem Unabhängigen von Labelle.

Deutscher Dampfer kommt britischem zu Hilfe

Viele Sturmopfer der letzten Tage.

New York, 28. Jan. — Der gewaltige Orkan, welcher seit Tagen auf dem Atlantischen Ozean wütete, hat nach sich anhäufenden Depeschen zahlreiche Schiffe in Seenot gebracht.

Hervorstehend ist der heldenhafte Kampf des englischen Frachtschiffes „Antinoe", dessen Besatzung nach 4-tägigen Bemühungen von dem amerikanischen Passagierdampfer „President Roosevelt" schließlich gerettet wurde. Zwölf Leute der ursprünglichen 25 Mann der Besatzung des Frachtschiffes sind im Kampf mit den Elementen als Opfer zu beklagen. Zwei Seeleute von der Besatzung des hilfebringenden „President Roosevelt" fanden bei der Rettungsaktion ebenfalls ihren Tod.

Halifax, N. S., 28. Jan. — Sechs Mann von der Besatzung des britischen Dampfers „Laristan", der in havariertem Zustand auf der Höhe dieses Hafens dem Toben einer entfesselten See preisgegeben war, sind gerettet worden und landeten hier. Die Rettungstat wurde vom Norddeutschen Lloyddampfer „Bremen", der auf der Fahrt von New York nach Bremen begriffen war, und auf die SOS-Rufe des havarierten Fahrzeugs diesem zu Hilfe geeilt war, vollbracht.

Beim Department der Marine und Fischerei ist folgende Mitteilung von der „Bremen" eingelaufen:

„Wir haben sechs Mann von dem Dampfer „Laristan" aufgenommen. 24 Mann sind noch an Bord. Die „Bremen" bleibt in der Nähe, kann aber gegenwärtig infolge der hochgehenden See keine Hilfe leisten."

Der SOS-Ruf war gestern Abend um 7 Uhr von dem „Laristan" ausgeschickt worden, doch konnte die Identität des Dampfers und seine Position erst um 10 Uhr festgestellt werden, als von der „Bremen" gemeldet wurde, daß sie auf den Dampfer zuhalte.

Um die „Bremen" nach der Rettungsaktion nach Halifax zu geleiten, wurde heute Abend der Hilfsdampfer „Reindeer" in Bereitschaft gesetzt, der, sobald sich der Sturm etwas gelegt hat, nach der Unglücksstelle dampfen soll.